



Lesen.



Teilen.



Weitersagen.

Handreichung Nr. 28

16. Dezember 2013

Was bringt uns der Koalitionsvertrag?

Die Reserve und die deutsche Sicherheitspolitik im Koalitionsvertrag

Nachdem die SPD in einem Mitgliederentscheid den Koalitionsvertrag mit CDU und CSU gebilligt hat, kann die neue Regierung mit der Umsetzung ihrer Ziele beginnen. Die Themen rund um die deutsche Sicherheitspolitik waren zwischen den Koalitionspartnern zuvor in der Arbeitsgruppe Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit ausgehandelt worden. Sie stand unter dem Vorsitz von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier. Unter den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe war auch der Präsident des Reservistenverbandes Roderich Kiesewetter (MdB). Wir informieren über alle wichtigen Vereinbarungen rund um die Reserve der Bundeswehr und die deutsche Sicherheitspolitik.

Erstmals ist die Reserve Bestandteil eines Regierungsprogramms

Die Aussetzung der Wehrpflicht und die Umstrukturierung der Truppe legen es nahe: Das Bundesministerium der Verteidigung will stärker als bisher das Potential der Reserve zur Entlastung der aktiven Truppe nutzen. Dazu gehört die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) angemessen auszustatten, um ihre Aufgaben im Bereich der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit der Bundeswehr (ZMZ Bw) wahrnehmen zu können. Um die Reserve aufzuwerten, wird die Übertragung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten an den Reservistenverband geprüft und eingeleitet. Diese Aufgaben könnten beispielsweise die Sicherstellung des grundsätzlichen Ausbildungsniveaus sowie eine stärkere Einbindung bei der Integration von Beordneten zur Entlastung der aktiven Truppe sein. Der Reservistenverband soll außerdem der Ansprechpartner für das Bundesministerium der Verteidigung in allen Fragen im Bereich der Reservistenarbeit sein. Um diese Aufgaben zu bewältigen, wird parallel die Neuausrichtung des Verbandes durch das Erweiterte Präsidium forciert.

Mehr Anreize für eine Reservistendienstleistung

Nach dem Willen der Koalitionspartner ist es das Ziel, die Effektivität der Reserve zu erhöhen und gut ausgebildete Reservisten langfristig an die Bundeswehr zu binden. Die Koalitionspartner debattieren daher über ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung der Attraktivität der Reserve. Konkret bedeutet das beispielsweise eine Anpassung und Vereinfachung der Vergütung, einen besseren Arbeitsplatzschutz und eine bessere rentenrechtliche Absicherung sowie eine Neuordnung des Versorgungsausgleichs. Außerdem sollen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, die Mitarbeiter für eine Reservistendienstleistung (früher: Wehrübung) freizustellen.

Keine weitere Reduzierung der Truppenstärke geplant

Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz und wird auf die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Das ist die grundlegende Feststellung in der Koalitionsvereinbarung. Deshalb wird die Neuausrichtung der Bundeswehr konsequent fortgesetzt. Berechenbarkeit und Planungssicherheit gelten als notwendig. Nachgesteuert wird, falls sich im Zuge der Evaluierung bis Ende 2014 Änderungsbedarf ergibt. Eine weitere Reduzierung des Personalumfangs sei keine Perspektive.

Verbesserung der Attraktivität

Bei der Neuausrichtung der Bundeswehr steht auch die Attraktivität der Truppe im Vordergrund. Deshalb ist eine „Attraktivitätsoffensive“ angedacht. Konkret: Ein modernes Arbeitsumfeld, Aufstiegschancen, verbesserte Durchlässigkeit bei Laufbahnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Beispiel durch den Aufbau der Kinderbetreuung und möglichst heimatnahe Verwendung sollen mehr Personal anziehen und halten. Mit besserer Aus-, Fort- und Weiterbildung will man vor allem junge Menschen gewinnen. Auch der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren bleibt selbstverständlich.



Bundeswehr bleibt auch in Zukunft eine Parlamentsarmee

Der Parlamentsvorbehalt wird in den Koalitionsverhandlungen nicht als Schwäche, sondern als Stärke Deutschlands verstanden. Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldaten in Nato- und EU-Missionen muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein. Deshalb soll eine Kommission prüfen, wie vor diesem Hintergrund die Parlamentsrechte gesichert werden können. Dies ist eine klare Reaktion auf die zunehmende Kritik, das Parlament vor Einsätzen der Bundeswehr zu befragen – eine Regel, die es in anderen westlichen Staaten nicht gibt.

Einsätze werden gemeinsam übernommen

Armeestrukturen und Kriegsführung befinden sich im Umbruch. Viele Staaten der westlichen Welt versuchen, ihre Armeen an neue Verhältnisse anzupassen. Besonders die Erfahrungen in Afghanistan haben gezeigt, dass kleinere, präventive Einsätze wirkungsvoller sind, als mit großem Aufgebot einen kaum sichtbaren Feind zu bekämpfen. Nicht die Armeen auf dem Schlachtfeld, sondern instabile Gesellschaften sind die Bedrohung unserer Tage. Knappere Ressourcen und Sparzwänge in den Haushalten tun ihr Übriges. Wie ist es möglich, vor diesem Hintergrund die militärische Schlagkraft zu bewahren, gar auszubauen? Damit das westliche Verteidigungsbündnis – die Nato – auch zukünftig effektiv agieren kann, wird Europa seinen gleichwertigen Beitrag zum Engagement der USA leisten müssen. Das bedeutet: Innerhalb der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sollen Einsätze gemeinsam durchgeführt werden. Hier steht Deutschland in der Verantwortung.

Gemeinsame Nutzung nationaler militärischer Kapazitäten

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern eine breite Aufstellung in den militärischen Fähigkeiten. Um dies zu ermöglichen, will sich die neue Bundesregierung für eine gemeinsame Nutzung nationaler militärischer Kapazitäten im Rahmen der EU (*Pooling and Sharing*) sowie eine stärkere Aufgabenteilung einsetzen. Das gilt auch für entsprechende Aktivitäten in der Nato (*Smart-Defence*, also militärische Fähigkeiten gemeinsam planen, beschaffen und bereitstellen). Die Nato ist weiterhin das zentrale Fundament. Das heißt: Zukünftig sollen Einsätze stärker gemeinsam wahrgenommen, Waffensysteme gemeinsam genutzt, Aufgaben klarer aufgeteilt werden. Ein Ansatz hierzu ist das Konzept der Rahmennation, bei der sich Staaten zu Gruppen wechselseitiger Unterstützung zusammenfinden. Einheitliche Standards bei der Zertifizierung und Zulassung militärischer Geräte, vor allem bei der Luftfahrt, gelten für eine engere Zusammenarbeit als Voraussetzung. Daher wolle man in diesem Bereich eine Europäisierung aktiv vorantreiben. Anfang 2014 wird eine einheitliche militärische Luftfahrtbehörde aufgebaut.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU)

Vor diesem Hintergrund will die neue Bundesregierung auf dem EU-Gipfel im Dezember 2013 eine neue politische Initiative zur Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ergreifen. Treffen zu außen- und sicherheitspolitischen Themen sollen regelmäßiger stattfinden, das Amt des Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik (EU-Außenminister) soll gestärkt werden. Europa braucht – so die neue Regierung – eine grundlegende strategische Diskussion, was überhaupt mit den zivilen und militärischen Mitteln erreicht werden soll. Einsätze im EU-Rahmen sollen sich vor allem auf die europäische Nachbarschaft konzentrieren. Dabei sollten sich Nato und EU immer eng miteinander abstimmen, um Doppelungen zu vermeiden. Durch solche Schritte will die künftige Regierung einen immer engeren Verbund europäischer Streitkräfte erreichen, um begrenzte Ressourcen effektiv zu nutzen und Möglichkeiten für konventionelle Abrüstung zu eröffnen. Letzteres kommt den verbreiteten Sparzwängen entgegen.